

# Vom Klotz am Bein zur echten Goldgrube

## Konversion am Beispiel Stavenhagen

Von unserem Redaktionsmitglied  
Andreas Zecher

**Stavenhagen.** Kai-Uwe Jessen tankt randvoll. Der Soldat will nach Hause. Da sind viele Kilometer zu fahren. „Unterwegs wird es erfahrungsgemäß nicht billiger“, sagt er, hängt die Zapfpistole ein und geht zur Kasse. Kundschaft in Uniform ist an der Tankstelle an der B 104 keine Seltenheit. Vor wenigen Jahren noch ward sie hier des öfteren gesehen. Da hatte der nahe Stavenhagen gelegene Standort Basepohl im Landkreis Demmin immerhin eine „Belegschaft“ von 4000 Mann. Heute sind es gerade mal noch 400. Im Jahr 2007 soll nach Beschluss des Bundesverteidigungsministeriums die Kaserne Mecklenburgische Schweiz endgültig geschlossen werden.

Der Befehl zum „Wegtreten“ kam 2001. Er traf die 7000 Einwohner zählende Reuterstadt wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Der Protest gegen die Standortschließung manifestierte sich eindrucksvoll in einer Lichterkette vom Rathaus zum Kasernenkomplex Basepohl. Daran beteiligten sich auch die Mitarbeiter der Bäckerei Roland Hatscher. Die belieferte das Offiziersheim mit frischen Brötchen, hatte also einen festen Posten zu verlieren. Den verlor sie auch, doch weniger zu backen gibt es heute bei den Hatschers nicht. Man habe sich neue Geschäftsfelder erschlossen, heißt es.

Ähnlich dynamisch ist auch die Stadtverwaltung mit den unvermeidlichen Abzugsplänen der Bundeswehr



umgegangen. Wenngleich die alternativen Geschäftsfelder zum Militär noch nicht angetreten sind, so gelten die Grundlagen dafür als gesichert.

Bauamtsleiterin Gabriele Fritz kann auf die Entwicklung einer Bauleitplanung verweisen. In knapp drei Wochen soll das Papier in die Stadtvertreterversammlung kommen. „Dann liegen die Unterlagen ab Oktober im Bauamt aus“, sagt die Behördenleiterin.

### Nicht lange gewartet

Der Prozess, der in Stavenhagen in Gang gesetzt worden ist, heißt Konversion. Er steht abkürzend für die Umwandlung einer ehemals militärisch genutzten Liegenschaft in ein Gewerbe- und Industriegebiet. Damit verbunden ist die Hoffnung, dass dadurch der Wegfall der uniformierten Wirtschaftskraft einigermaßen abgedeckt werden kann und der Kommune zukunftsreiche Chancen eröffnet werden.

Die Stavenhagener können sich zugeute halten, mit diesen Plänen nicht gewartet zu haben, bis der letzte Soldat Basepohl verlassen hat. Gabriele



Die Bundeswehr wird sich demnächst aus Basepohl komplett verabschieden. Doch bevor das Tor endgültig zugeschlagen wird, haben sich bereits die ersten Firmen angesiedelt, die wegen der vorhandenen Infrastruktur gerade hier einen Standort aufbauen.

Foto: Kurierarchiv

Fritz verweist auf den Teil des Kasernengeländes, der zwar noch umzäunt, aber schon in die Planungshoheit der Kommune übergegangen ist. Was vielen hier noch vor wenigen Jahren als ein Klotz am Bein galt, hat sich als eine potentielle Goldgrube entpuppt, für die es bereits Anwärter gibt. Ein Hersteller von Helikoptern und ein Verarbeiter von Gummi stünden Gewehr bei Fuß, heißt es. Und es soll weitere seriöse Interessenten geben. Wenn es hier einst zwischen 300 und 400 mehrheitlich qualifizierte Arbeitsplätze gebe, so Bauamtsleiterin Fritz, dann habe sich der Aufwand gelohnt.

Bis dahin ist gewiss ein weiter Weg. Dessen Anfang war die Weichenstellung: „Wir lassen uns nicht unterkriegen“. Auch wenn im Stavenhagener Rathaus nicht gejammert und geklagt

wird, über eines bleibt man in Sachen Konversion nicht im Unklaren – bei der Hilfe zur Selbsthilfe lasse der Bund die betroffenen Kommunen schutzlos im Regen stehen.

Im Land ist das offenbar anders. In Schwerin gibt es eine im Interministerielle Arbeitsgruppe, die sich der Sache angenommen hat. Im Falle von Stavenhagen hat sich das Land an den Kosten für eine professionelle Beratung in Sachen Standortentwicklung beteiligt. Ohne diese Beratung, gebe es in der Reuterstadt vermutlich einige frohgemute Gesichter weniger.

Das in Stavenhagen praktizierte Konversionsmodell gilt in Fachkreisen als innovativ. Doch längst nicht jede Gemeinde, die vom Bund verlassen wird, kann oder will sich daran vorbildhaft orientieren, weiß der Ge-

schaftsführer der GKU-Standortentwicklungsgesellschaft, Hartmut Röder. Er nennt die politisch akzeptable Demilitarisierung im strukturschwachen ländlichen Raum „in wirtschaftlicher Hinsicht desaströs“. Die Landesentwicklung sei deshalb „tiefer und nachhaltiger“ mit der Konversionsthematik verwoben als allgemein bekannt. Röder sagt: „die Freigabeabsicht der Bundeswehr betrifft hierzu-land aktuell 54 Standorte beziehungsweise Liegenschaften“.

Darunter fallen ehemalige NVA-Objekte, in Eggesin, Torgelow, Neubrandenburg, Rostock und Schwerin, die aufwendig saniert wurden. „Hier können Nachnutzer mit guter Infrastruktur und in tadellosen Gebäuden bestens und schnell wirtschaften“, so der Standortentwickler.